
Gemeinderat der Einwohnergemeinde Biberist

Protokoll der Sitzung Nr. 03 Laufende Geschäfte

RN 0.1.2.1

Datum/Zeit Montag, 4. März 2024, 19:00 – 20:05 Uhr
Ort Sitzungszimmer Altisberg 3. OG, Gemeindehaus
Mitglieder Stefan Hug-Portmann (GP)
Manuela Misteli-Sieber (GVP)
Dominique Brogle
Peter Burki
Markus Dick
Priska Gnägi-Schwarz
Franziska Patzen
Marc Rubattel
Eric Send
Andrea Weiss
Sabrina Weisskopf-Kronenberg

Ersatzmitglieder
Vorsitz Stefan Hug-Portmann (GP)
Protokoll Irene Hänzi Schmid

Entschuldigungen -

Gäste Pascal Suter, Bereichsleiter Tiefbau

Presse -

Traktandenliste

Nr	Geschäft	Beschluss
1	Protokoll GR Nr. 02 vom 19.02.2024	2024-16
2	ZASE Zweckverband der Abwasserregion Solothurn-Emme; neue Statuten, Vernehmlassungsverfahren - Beschluss	2024-17
3	Antrag SP Fraktion - Verkehrsmassnahme Bleichematt - Beschluss	2024-18
4	Behörden: Gemeinderat, Kommissionen; Wahlen und Mutationen 2021 - 2025; Wahl Delegierter Wohnbaugenossenschaft - Beschluss	2024-19
5	Verschiedenes, Mitteilungen 2024	2024-20

Die vorstehende Traktandenliste wird genehmigt.

2024-16 Protokoll GR Nr. 02 vom 19.02.2024
--

Das Gemeinderatsprotokoll Nr. 02 vom 19.02.2024 wird genehmigt (8 ja zu 2 nein Stimmen bei 1 Absenz)

2024-17 ZASE Zweckverband der Abwasserregion Solothurn-Emme; neue Statuten, Vernehmlassungsverfahren - Beschluss

Bericht und Antrag Bau- und Werkkommission Biberist

Unterlagen

- 01 Informationsschreiben ZASE Vernehmlassungsverfahren vom 17.01.2024
- 02 Kommentar zu einzelnen Bestimmungen des Statutenentwurfs
- 03 Statutenentwurf zur Vernehmlassung zuhanden der Verbandsgemeinden

Ausgangslage

Im Rahmen der Strategiesitzung des ZASE-Vorstands im Jahr 2021 hat dieser beschlossen, unter anderem die Bestimmungen über den Vorstand zu überarbeiten. Da dieses Vorhaben eine Statutenänderung erfordert, wurden die Statuten gleichzeitig auf ihre Gesetzmässigkeit geprüft und die Kompetenzen der Organe des Verbands überarbeitet. Es zeigte sich, dass eine Totalrevision sinnvoll ist. Da unter anderem der Zweck neu umschrieben wird, muss die Statutenrevision allen Mitgliedern zur Genehmigung unterbreitet werden. So hat man die Chance ergriffen, die gesamten Statuten den neusten Erkenntnissen, auch aus der Praxis, anzupassen, wobei Bewährtes übernommen und allenfalls leicht angepasst wurde. Mit Schreiben vom 17.01.2024 wurden die Anschlussgemeinden des ZASE entsprechend informiert (Beilage 01).

Die kantonale Vorprüfung wurde bereits durchgeführt. Die Bemerkungen aus dieser sind in die vorliegende Fassung eingeflossen (Beilage 03). Die Delegiertenversammlung hat am 12. Dezember 2023 einstimmig beschlossen, den Statutenentwurf für die Vernehmlassung freizugeben. Die wesentlichen materiellen Änderungen sind in einem Dokument zusammengefasst worden (Beilage 02).

Die von den Anschlussgemeinden eingehenden Stellungnahmen werden nach Erhalt durch den Vorstand des ZASE geprüft und, soweit möglich, übernommen. Nach der Bereinigung der Vorlage und einer allfälligen erneuten kantonalen Vorprüfung erfolgt das ordentliche Genehmigungsverfahren. Die Vorlage ist durch alle Verbandsgemeinden zu genehmigen. Dabei wird zu beachten sein, dass die Vorlage als Ganzes durch die zuständigen Organe der einzelnen Verbandsgemeinden zu genehmigen ist, einzelne Änderungsanträge sind nicht zulässig. Die neuen Statuten gelten als genehmigt, wenn ihnen alle Verbandsmitglieder zustimmen. Das Inkrafttreten der neuen Statuten ist für den 1. Januar 2025 vorgesehen.

Die Vernehmlassungsfrist läuft noch bis zum 11. März 2024.

Erwägungen

Die Statuten wurden einer Totalrevision unterzogen. Die wesentlichen materiellen Änderungen beziehen sich auf folgende Paragraphen (Beilage 02):

- §2 Zweck
- §4 Pflichten der Verbandsgemeinden
- §5 Information
- §6 Befugnisse
- §7 Referendumsrecht
- §8 Verfahren
- §13 Wahlen
- §14 Sachgeschäfte
- §16 Zusammensetzung des Vorstands
- §19 Aufgaben des Vorstands
- §21 Aufgaben der Geschäftsleitung
- §26 Bau und Betrieb der Verbandsanlagen
- §28 Internes Kontrollsystem

Die Bau- und Werkkommission hat das Geschäft an der Sitzung vom 20.02.2024 behandelt und stützt die Totalrevision der Statuten. Sie sieht keinen Bedarf an einer abweichenden Mitwirkungseingabe.

Beschlussentwurf

Die Bau- und Werkkommission beantragt dem Gemeinderat:

Der von der Delegiertenversammlung am 12. Dezember 2023 verabschiedete Statutenentwurf ist in allen Punkten zu stützen und auf eine abweichende Mitwirkungseingabe ist zu verzichten.

Eintreten

Der Gemeinderat tritt stillschweigend auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Pascal Suter: An der Strategiesitzung im 2021 wurde beschlossen, den Vorstand ZASE von heute 11 auf 5 Sitze zu verkleinern und zu professionalisieren, es sollen vorwiegend Fachpersonen Einsitz nehmen. Für diese Änderungen ist eine Statutenänderung notwendig. Zeitgleich sollen auch die Finanzkompetenzen angepasst werden. Dies sind die beiden Hauptpunkte, welche aufgrund der Statutenrevision zu Diskussionen führen.

Stefan Hug-Portmann informiert, dass Biberist trotz Verkleinerung des Vorstandes weiterhin einen Sitz im Vorstand haben wird. Aufgrund der Grösse von Biberist ist es auch richtig, dass Biberist mit einer Fachperson weiterhin vertreten sein wird. Der Antrag mit dem Beschlussentwurf wurde vor der Behandlung des Geschäfts in der BWK verfasst. Die BWK schlägt dem Gemeinderat vor, die Anpassungen zu genehmigen mit Ausnahme der Finanzkompetenzen. Dies betrifft den §14 (Sachgeschäfte): Die Delegiertenversammlung ist insbesondere zuständig für *f. die Beschlussfassung über Geschäfte, deren Auswirkungen einmalig über **CHF 400'000** (1 Mio.) oder jährlich wiederkehrend über **CHF 100'000** (250'000) betragen.*

Manuela Misteli will wissen, wie die CHF 400'000 zustande gekommen sind. **Marc Rubattel** erklärt, dass in der Regel der wiederkehrende Betrag ein Viertel des einmaligen Betrages ist.

Stefan Hug-Portmann informiert, dass der Gemeinderat Biberist aktuell einmalige Ausgaben von CHF 250'000 bis max. 1 Mio. CHF pro Jahr und wiederkehrende CHF 50'000, max. CHF 250'000 pro Jahr ausserhalb des Budgets beschliessen kann. Auch mit der angepassten Kompetenz hätte der Vorstand des Zweckverbands ZASE eine höhere Finanzkompetenz als der Gemeinderat Biberist.

Sabrina Weisskopf fragt nach dem Grund, weshalb die Finanzkompetenz derart erhöht werden soll. **Pascal Suter** erklärt, dass bei der ZASE in naher Zukunft sehr grosse Projekte anstehen, u.a. auch im Zusammenhang mit Kebag Enova. Dabei werden sehr rasch, sehr hohe Beträge fällig. Mit der erhöhten Finanzkompetenz können die Projekte rascher vorangetrieben werden. Ansonsten wäre jeweils eine Delegiertenversammlung abzuwarten oder einzuberufen. **Sabrina Weisskopf** ist der Meinung, wenn es sich nur um ein einzelnes Projekt handelt, könnte man die Finanzkompetenz projektbezogen erhöhen. **Pascal Suter** ist ebenfalls der Meinung, dass es für das Projekt Kebag Enova sinnvoll wäre, wenn der Vorstand erhöhte Finanzkompetenzen hätte.

Markus Dick scheint es auch etwas übertrieben, wegen eines planbaren Projektes die Kompetenzen derart zu erhöhen. Die Einwohnergemeinde hat mit der Durchführung der ausserordentlichen Gemeindeversammlung bewiesen, dass dies ein Instrument für eilige Geschäfte ist.

Sabrina Weisskopf fragt nach den jährlichen Abgaben an die ZASE und dem Gesamtumsatz.

Pascal Suter informiert, dass der Beitrag der Gemeinde an die ZASE im Jahr 2022 rund CHF 650'000 war.

(Nachtrag: Der Gesamtumsatz des ZASE im Jahr 2023 beläuft sich auf 8.9 Mio. CHF (Anteil Betriebskosten zur Weiterverrechnung an die Gemeinden: 6.2 Mio. CHF))

Marc Rubattel begrüsst es, dass Pascal Suter sich weiterhin für den Einsitz im Vorstand zur Verfügung stellt. Biberist ist eine grosse Gemeinde, die Beträge an die ZASE sind hoch, weshalb Biberist auch mitbestimmen soll. Diese Anpassung der Kompetenzen wurden in der BWK beschlossen, um auch darauf hinzuweisen, dass es Steuergelder, bzw. Gebühren sind, über welche der Vorstand bestimmt.

Eric Send will wissen, wie hoch das Risiko ist, dass Geschäfte und Projekte liegenbleiben und sich verzögern, weil die Finanzkompetenz des Vorstandes fehlt. Er selber findet den Betrag auch sehr hoch.

Pascal Suter geht davon aus, dass die Kompetenz bei vielen Gemeinden auf Widerstand stossen wird.

Stefan Hug-Portmann informiert, dass die Anzahl der Delegierten abhängig ist von der Einwohnerzahl einer Gemeinde. Er geht davon aus, dass Biberist eine höhere Stimmkraft hat, als eine kleinere Gemeinde. **Pascal Suter** berichtet, dass Biberist zwei Delegiertenstimmen im Zweckverband hat. Daneben haben auch Solothurn und Zuchwil zwei Stimmen, alle übrigen Gemeinden haben lediglich eine Stimme.

Dominique Brogle fragt nach der Anzahl Gemeinden, welche dem ZASE angeschlossen sind. **Pascal Suter** informiert, dass dies 40 Gemeinden aus den Kantonen Solothurn und Bern sind. Weiter informiert er, dass dies die Vernehmlassung für die Revision ist und die Eingaben nochmals behandelt werden. Der Vorstand wird eine konsolidierte Fassung unter Berücksichtigung aller Vernehmlassungseingaben machen und danach hat jede Gemeinde nochmals darüber zu befinden. Es haben alle Gemeinden zuzustimmen, damit die revidierten Statuten in Kraft treten.

Stefan Hug-Portmann präzisiert, dass die Statuten die Zustimmung vom Gemeinderat und der Gemeindeversammlung benötigen. Es ist aber wichtig, dass die Gemeinde in der Vernehmlassungsphase ihre Inputs einbringt. Er kann dem Vorschlag der BWK zustimmen.

Priska Gnägi fragt nach dem Artikel über das Fremdwasser. Sie will wissen, ob dies für Biberist eine Konsequenz hat.

Pascal Suter informiert, dass sich die Änderung des Paragrafen über das Fremdwasser für Biberist positiv auswirkt. Mit dem neuen Verteilschlüssel profitiert Biberist gegenüber vorher. Anhand der Unterhaltsarbeiten werden die Kosten neu eingeschätzt. Mit dem Aufwand, welcher Biberist betreibt, um weniger Fremdwasser zu beziehen, werden sich die Kosten senken.

Beschluss *(einstimmig)*

1. Der Gemeinderat beantragt im Rahmen der Vernehmlassung im Statutenentwurf des Zweckverbandes der Abwasserregion Solothurn-Emme (ZASE) folgende Änderung:

§14 Sachgeschäfte

Die Delegiertenversammlung ist insbesondere zuständig für

f. die Beschlussfassung über Geschäfte, deren Auswirkungen einmalig über **CHF 400'000** (4-Mio.) oder jährlich wiederkehrend über **CHF 100'000** (250'000) betragen.

2. Zu allen anderen § gibt es keine Bemerkungen.

RN 7.1.1.69 / LN 517

2024-18 Antrag SP Fraktion - Verkehrsmassnahme Bleichematt - Beschluss

Bericht und Antrag Fraktion SP

Unterlagen

- Antrag SP Fraktion – Verkehrsmassnahme Bleichematt

Ausgangslage

Am 24. April 2023 hat der Gemeinderat den Bericht sowie die Massnahmen der Schulwegsicherung, erarbeitet von somobil!, zur Kenntnis genommen und die Abteilung Bau und Planung beauftragt, Massnahmen gemäss der Liste im Anhang des Berichts zu priorisieren und umzusetzen. Ein eigentlicher "Hot-Spot" stellt die Kreuzung Bleichematt- /Mühlematt- /Leutholdstrasse sowie die Bleichemattstrasse vor dem Schulhaus Bleichematt dar. Als Vorschlag zur Verbesserung dieser gefährlichen Situation wurde von vielen besorgten Eltern die Sperrung der Bleichemattstrasse, insbesondere vor dem Schulhaus Bleichematt, für den Durchgangsverkehr genannt.

Die SP-Fraktion verlangt deshalb, dass eine entsprechende Sperrung von der BWK zeitnah geprüft und dem Gemeinderat darüber Antrag gestellt wird.

Erwägungen

Immer wieder kommt es beim Schulhaus Bleichematt zu gefährlichen Situationen, insbesondere am Morgen vor Unterrichtsbeginn und am Mittag nach Unterrichtsschluss: Parkierte Motorfahrzeuge versperren den Schülerinnen und Schülern die Sicht, haltende Autos (Elterntaxis) führen dazu, dass die Strasse zu gewissen Zeiten teilweise kaum mehr passierbar ist. Die Strasse wird auch als Fluchtverkehrsrouten missbraucht. Weder die bauliche Verengung noch die Signalisation einer Begegnungszone mit Tempo 20 könnten die Situation nachhaltig verbessern.

Aus diesem Grund verlangt die SP-Fraktion die Sperrung der Bleichemattstrasse auf der Höhe des Schulhauses Bleichematt für den motorisierten Verkehr. Die Sperrung soll vor allem am Morgen vor Unterrichtsbeginn (ca. 07.30 – 08.15) sowie am Mittag (ca. 11.45 – 12.30) wirksam sein. Während dieser Zeit sind sehr viele Schülerinnen und Schüler auf diesem Strassenabschnitt unterwegs.

Eine entsprechende Sperrung kann entweder mit Verkehrsmassnahmen, z.B. mit einem Fahrverbot für Motorfahrzeuge oder mit baulichen Massnahmen, z.B. mit (versenkbaren) Pfosten erreicht werden. Die Massnahmen sollen vor allem an Wochentagen (Montag bis Freitag) während der Unterrichtszeit gelten, nicht an Wochenenden und während den Schulferien. Die BWK soll die Vor- und Nachteile (inkl. Kosten) und die Machbarkeit der beiden Varianten prüfen und dem Gemeinderat darüber Bericht erstatten.

Beschlussentwurf

Der Gemeinderat beauftragt die BWK Massnahmen zur tageszeitlich temporären Sperrung der Bleichemattstrasse im Bereich des Schulhauses Bleichematt gemäss der Erwägungen zu prüfen und dem Gemeinderat darüber Bericht und Antrag zu erstatten.

Eintreten

Der Gemeinderat tritt stillschweigend auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Marc Rubattel: Mit dem Antrag wollen wir den Fokus auf die Bleichemattstrasse werfen. Die Situation spitzt sich dort immer mehr zu und es muss eine Lösung gefunden werden. Er wünscht darüber eine Diskussion.

Stefan Hug-Portmann informiert, dass die meisten Kontaktaufnahmen von Einwohnerinnen und Einwohnern den Verkehr in Biberist betreffen. Oftmals geht es um die Bleichematt-/Mühlemattstrasse. Er hatte schon mehrmals Besuch von Anwohnerinnen, Anwohnern und Eltern. Es ist ein Thema, das bewegt. Auch im Bericht der Schulwegsicherung war dies das meist genannte Thema. In der letzten BWK Sitzung wurde über ein mögliches Halteverbot an der Bleichemattstrasse diskutiert. Die BWK hat dies damals zurückgewiesen im Wissen, dass die SP diesbezüglich dem Gemeinderat einen Antrag stellen wird. Sollte der Gemeinderat dem Prüfauftrag zustimmen, ergeben sich evtl. andere Massnahmen.

Andrea Weiss kann dies so unterstützen, es ist dringend notwendig in diesem Bereich geeignete Massnahmen umzusetzen. Was sie etwas irritiert ist, dass ein riesiger Aufwand für die Studie der Schulwegsicherheit betrieben wurde. Sie würde auch gerne der Stand der Umsetzung der ganzen Studie kennen. Sie findet es komisch, wenn jetzt einzelne Massnahmen herausgepickt werden und die Massnahmen nicht gesamtheitlich umgesetzt werden. Sie kann den Antrag nicht unterstützen,

findet es aber in diesem Zusammenhang wichtig zu wissen, wieweit man mit den anderen Massnahmen ist.

Stefan Hug-Portmann erklärt, dass der Gemeinderat beschlossen hat, die Massnahmen mit höchster Priorität umzusetzen. Genau diese Massnahme, wie sie von der SP vorgeschlagen ist, ist im Massnahmenkatalog nicht enthalten. Einige Massnahmen wurden eruiert und festgestellt, dass bei der Leutholdstrasse/Mühlemattstrasse am meisten potenzielle Konflikte vorhanden sind, viele Eltern haben das Gefühl, dies sei eine gefährliche Situation. Aber konkrete Massnahmen für diesen Bereich sind im Bericht nicht enthalten.

Andrea Weiss versteht dies so, dass nun wieder für jede einzelne gefährliche Situation in der Gemeinde erneut ein Antrag zu stellen ist.

Stefan Hug-Portmann dementiert dies. Im Bericht der Schulwegsicherheit sind ganz viele Punkte, welche im Rahmen der Ortsplanung umgesetzt werden. Einige Massnahmen werden umgesetzt, sobald die entsprechende Strasse ohnehin umgebaut/saniert wird. Man weiss aber, dass die Strasse Mühlematt-/Bleichemattstrasse in den nächsten Jahrzehnten nicht wieder saniert werden soll. Aus diesem Grund ist dies eine Einzelmassnahme. Es geht darum, dass der Gemeinderat der BWK dazu einen Prüfauftrag erteilt.

Andrea Weiss will wissen, ob die Möglichkeit besteht, Einsicht zu erhalten, wie der Stand der anderen Massnahmen ist.

Stefan Hug-Portmann erklärt, dass es keinen Bericht gibt, in dem alles aufgelistet ist, was bereits umgesetzt ist. Es wurde 2022 ein Verpflichtungskredit in der Investitionsrechnung für diese Massnahmen eingestellt. Er ist der Meinung, dass es CHF 100'000 sind.

Andrea Weiss will wissen, wer die Übersicht über die umgesetzten und noch offenen Massnahmen hat. **Stefan Hug-Portmann** informiert, dass dies in der Verantwortung der Bauverwaltung liegt.

Markus Dick: Die SVP fragt sich schon, was noch alles kommen soll. Seit 15 Jahren scheint es, dass es nur ein Thema gibt, Schulwegsicherheit und Schulhäuser. Auf den Hauptachsen hat es so viel Verkehr, dass es bei den stehenden Kolonnen fast keine Unfälle mehr geben kann. Es wurde bereits sehr viel umgesetzt. Er hat bereits beim letzten Mal darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Villa Giger ein Problem mit den Autos auf dem Trottoir besteht. Der Gemeinderat hat damals entschieden, Massnahmen auszuarbeiten. Aber offenbar wurde das angedachte Halteverbot zurückgestellt um primär den Antrag der SP zu diskutieren. Brennpunkte und Massnahmen werden immer schärfer beschrieben, was dazu führt, dass die Eltern das Gefühl haben, die Kinder müssen sicher in die Schule gefahren werden. Alle diese Massnahmen haben offenbar keinen Effekt gezeigt. Dieses Thema poppt immer wieder auf, obwohl die Unfallstatistik nicht dafür spricht. Der Schulweg bleibt ein Thema, die Elterntaxis nehmen zu, Eltern und Schule erzielen offenbar bei den Kindern keine Wirkung. Werden Poller gesetzt, wird sich der Hotspot vor die Poller verlagern. Den Verkehr mit solchen Massnahmen auf die Hauptachse zu zwängen, im Wissen, dass der Kanton auf den Hauptachsen keine Massnahmen umsetzen wird. Die Bevölkerung nimmt zu und jetzt will der Gemeinderat noch mehr Verkehr auf die Hauptachse zwängen, das funktioniert nicht. Wenn etwas unternommen werden soll, ist bei den Eltern und den Schülern ein Zeichen zu setzen, indem der Gemeinderat klar sagt, dass nichts unternommen wird und es an ihnen liegt die Kinder entsprechend zu erziehen. Es besteht bereits Zone 20 mit vielen Pfosten. Er kann sich nicht vorstellen, was dort jetzt noch passieren soll.

Priska Gnägi ist klar der Meinung, dass dort ein Hotspot besteht. Es wurde bereits sehr viel umgesetzt, trotzdem hat sich die Situation nicht verbessert, im Gegenteil, sie hat sich noch verschärft. Das Problem ist, dass sich bei Einschränkungen das Problem einfach verlagert. Wichtig wären grossflächigere Massnahmen. Es muss etwas gemacht werden, aber ob eine temporäre Sperrung zielführend ist, ist sie sehr skeptisch.

Marc Rubattel: Die Überlegungen der SP waren, diesen Bereich unattraktiv zu gestalten. Oftmals führt der Weg der Elterntaxis nach dem Abladen der Kinder nicht direkt auf die Hauptstrasse.

Die Situation soll geprüft werden, er weiss nicht ob die temporären Poller die richtige Lösung ist, andererseits müsste der Weg bei zeitlich eingesetzten Pollern über die Hauptstrasse führen. Dies kann auch eine erzieherische Massnahmen sein. Dies ist einfach mal zu prüfen, evtl. auch temporär.

Priska Gnägi hat das Gefühl, Poller seien sehr kostenintensiv, schlussendlich sind es Steuergelder.

Stefan Hug-Portmann weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt. Er fährt viel durch die Mühlemattstrasse, das Signal des Fahrverbotes wird regelmässig von Elterntaxis missachtet. Beim Ansprechen der Betroffenen hört er allerlei Ausreden. Er weiss inzwischen, dass polizeiliche Massnahmen, Halte- und Fahrverbote gar nichts nützen.

Dominique Brogle: Es darf nicht vergessen werden, um was es eigentlich geht. Es geht nicht um den Verkehr sondern um die Elterntaxis. Evtl. soll mit den Anwohnern eine Vereinbarung getroffen werden um eine Absperrung zu installieren, damit die Eltern nicht mehr anhalten können. Es gibt auch Fälle mit E-Bikes und Autos, welche schneller als 20 Stundenkilometer fahren. Das Hauptproblem sind die Elterntaxis und das rücksichtslose Verhalten der Verkehrsteilnehmer. Er selber lebt die Spiel- und Begegnungszone auf dieser Strasse. Die Autofahrer haben Rücksicht zu nehmen.

Marc Rubattel präzisiert, dass er bei temporären Pollern nicht von einer definitiven Lösung gesprochen hat sondern von mobilen Poller.

Eric Send findet eine Prüfung sinnvoll. Es gibt nicht viele Gemeinden wie Biberist, welche gegen den Fluchtverkehr nichts unternehmen. Es gibt x Strassen in Biberist, welche vom Fluchtverkehr betroffen sind. Andere Gemeinden sind viel schlauer und schützen die Wohnquartiere vor dem Fluchtverkehr. In Biberist gibt es wenig solche Massnahmen. Die Elterntaxis sind das eine, aber auch abends wird die Bleichemattstrasse als Fluchtverkehrsstrasse genutzt.

Stefan Hug-Portmann: Es gibt wohl kaum eine Gemeinde, welche so viele öffentliche Parkplätze bei einem Schulhaus hat wie Biberist. Trotzdem fahren viele Eltern direkt vor das Schulhaus.

Markus Dick: Das Thema sind die Eltern. Offenbar bringen auch Fahr- und Halteverbote nichts. Er ist froh, wurden die Steuergelder noch erwähnt, dies sollte auch nicht ganz ausser Acht gelassen werden.

Sabrina Weisskopf: Die FDP hat die Haltung, diese Massnahme sei nicht herauszupicken, es gibt keinen Grund vorzupreschen, sondern die geplanten Massnahmen sind rasch umzusetzen. Sie sehen das Problem der Poller darin, dass es zu einer Verlagerung des Problems führt. Eine Strasse zu sperren führt nicht zum Ziel. Sie wünscht aber, dass die Massnahmen der Schulwegsicherheitsstudie zeitnah umgesetzt werden.

Priska Gnägi hat sich kürzlich bei Pascal Suter informiert, was bereits umgesetzt wurde und wie der Stand ist. Sie weiss, dass viele Massnahmen bereits umgesetzt sind oder in Zusammenhang mit der Ortsplanung umgesetzt werden. Es ist nicht so, dass von Seiten Verwaltung nichts unternommen wird.

Stefan Hug-Portmann: Es wird erkannt, dass dies ein Hotspot ist. Ein zweiter Hotspot befindet sich beim Unteren Schulhaus. Er schlägt vor, die BWK zu beauftragen für die beiden Hotspots konkrete Massnahmen zu prüfen und dem Gemeinderat vorzuschlagen. Es geht darum umzusetzen, was im Bericht eruiert wurde. Eine Massnahme könnte eine temporäre Sperrung während den Stosszeiten sein.

Markus Dick: Es besteht der vorliegende Antrag der SP und eine gesamtheitliche Studie, welche rund CHF 16'000 gekostet hat. Dieser Flickenteppich muss gestoppt werden. Über den vorliegenden Antrag der SP soll abgestimmt werden und die Umsetzung der Massnahmen aus der Studie Schulwegsicherheit soll fortgesetzt werden.

Marc Rubattel schlägt vor, diesen Punkt der Bleichemattstrasse ist ebenfalls in die Liste des Studie aufzunehmen, sollte er nicht bereits enthalten sein.

Stefan Hug-Portmann erinnert, dass die Studie der Schulwegsicherheit am 23. April 2023 im Gemeinderat behandelt wurde. In der Liste für Massnahmen wurde als Vorschlag von Seiten Eltern erwähnt: *Zone für MIV sperren inkl. Richtung Gutenbergstrasse, v.a. Morgen und Mittag oder 7 bis 17 Uhr. Boden durchgängigmarkieren ! mit den Kindern bemalen. Zusätzliche Fussgängerstreifen. Elterntaxis verhindern. Eindeutigere Signalisierung der 20er Zone. Lotsen einsetzen.* Die Bemerkung von Seiten BWK: *7.6.22 Beschluss GR: Verbot Elterntaxi Mühlemattstrasse, klären ob für Bleichemattstrasse auch. Weiteres Parkverbot ist vorgesehen. Es gibt 20er Bodenmarkierung, inkl. grünen Balken. Durchgängige Bemalung könnte falsche Sicherheit vermitteln. Zusätzliche Signalisation Halteverbot prüfen.* Die Rechtsgrundlagen sagen: *Fussgängerstreifen in 20er Zone nicht möglich. Sperren MIV geht nicht, wegen Anwohner.* Es geht nun darum zu prüfen, ob eine temporäre Sperrung möglich ist.

Peter Burki sieht keine Möglichkeiten für eine Verbesserung. Die Elterntaxis gibt es trotz Fahr- und Halteverbot.

Stefan Hug-Portmann kann dem zustimmen, dass polizeiliche Massnahmen wie Fahrverbot nichts bringen.

Manuela Misteli stellt fest, dass gemäss Verkehrsplaner keine aufgezählten Massnahmen möglich sind. **Stefan Hug-Portmann** erklärt, dass die Aussage der Verkehrsplaner ist, dass eine Sperrung der Strasse aufgrund der Anwohner nicht umsetzbar ist. Man ging aber von einer permanenten Sperrung aus und dies ist politisch schwierig umsetzbar. Die SP wünscht aber die Prüfung einer temporären Sperrung.

Obwohl die Presse nicht anwesend ist, wird ein Bericht über dieses Thema publiziert werden. Der Gemeinderat sendet ein komisches Signal, wenn er entscheidet gar nichts zu unternehmen. Wenn dem Antrag zugestimmt wird, erteilt der Gemeinderat der BWK den Auftrag eine Sperrung zu prüfen. Schlussendlich wird aber der Gemeinderat entscheiden.

Markus Dick interessiert nicht was in der Presse stehen wird. Es ist auch ein Teil der Kommunikation, dass es an den Eltern und den Schülerinnen und Schüler liegt mit der vorliegenden Verkehrssituation klar zu kommen. Von Seiten Gemeinderat wurde alles unternommen was möglich ist und somit ist gut.

Manuela Misteli will wissen, ob das Halteverbot jemals umgesetzt wurde. **Stefan Hug-Portmann** erklärt, dass dies nicht umgesetzt wurde, weil die BWK zugewartet hat und den Antrag der SP abwartet.

Markus Dick stört sich daran, dass im April 2023 der Gemeinderat eine Prüfung des Halteverbots bei der Villa Giger in Auftrag gegeben hat und fast ein Jahr später erfährt er, dass die BWK zuwarten wollte bis der Antrag der SP behandelt wird, dabei fühlt er sich nicht ganz ernst genommen.

Stefan Hug-Portmann weist darauf hin, dass dies nicht sein Entscheid war, sondern der Entscheid der BWK war. **Peter Burki** erklärt, dass die BWK das Geschäft an den Gemeinderat zurückgewiesen hat, damit dieser entscheiden soll.

Marc Rubattel: Die BWK war der Meinung, dass die Signalschilder nicht die Wirkung erzielen werden, welche man sich erhofft. Es gab Äusserungen von Automobilisten, dass sie die Fahr- und Halteverbote klar ignorieren werden.

Aufgrund des Vorgelesenen wurden die Massnahmen in diesem Bereich bereits vom Gemeinderat gestrichen. Es werden gar keine weiteren Massnahmen umgesetzt, respektive sind keine definiert. Mit diesem Auftrag soll die Situation nochmals überprüft werden. Es ist eine andere Situation, es soll eine temporäre Sperrung und nicht eine Vollsperrung geprüft werden bevor man resigniert.

Sabrina Weisskopf weist darauf hin, dass die Flughöhe des Gemeinderates wieder gefunden werden sollte. Die BWK hat seit langem einen Auftrag die Massnahmen umzusetzen. Es werden keine zusätzlichen Massnahmen mehr benötigt. Die BWK muss einfach endlich ihren Auftrag umsetzen. Der Gemeinderat muss nicht Vorgaben machen was zu tun ist, dafür besteht eine Fachkommission. Die BWK kennt das Problem, sie sollen dem Gemeinderat zeitnah einen Vorschlag unterbreiten.

Andrea Weiss ist auch der Meinung, nicht einzelne Punkte aus der Liste herauszupicken. Gemäss dieser Liste sind aber keine Massnahmen vorgesehen. Sollte festgestellt werden, dass in mehreren Bereichen nichts geändert wird, der Gemeinderat aber der Meinung ist es wäre notwendig, ist die ganze Liste nochmals zu überarbeiten. Sie möchte gerne den Stand der Umsetzung kennen.

Markus Dick: Für die Studie der Schulwegsicherheit wurde viel Geld investiert. Jetzt soll die Studie nochmals von vorne überarbeitet werden, was nochmals Kosten generiert. Der Gemeinderat hat eine Verantwortung mit dem Umgang mit Steuergeldern.

Genau dies hat **Stefan Hug-Portmann** beim Erteilen des Auftrages für die Studie der Schulwegsicherheit befürchtet. Wenn es konkret wird und Massnahmen umzusetzen sind, wird die Eigenverantwortung der Eltern und der Automobilisten im Vordergrund stehen. Selbstverständlich kann der Gemeinderat diesen Auftrag wieder an die BWK zurückgeben, dies ist genau das was die SP mit ihrem Auftrag auch bewirken will. Irgendwann werden aber von der BWK Massnahmen vorgeschlagen und dann wird der Gemeinderat die gleiche Diskussion wie heute nochmals führen. Irgendwann hat der Gemeinderat Farbe zu bekennen. Er kann alles aufgrund der Kosten ablehnen, dies wäre auch eine Haltung. Aber Geschäfte hin und her zu schieben bringt nichts. Irgendwann hat er sich zu entscheiden. Und genau um das geht es, es geht um einen Prüfauftrag an die BWK.

Misteli Manuela stellt fest, dass die BWK bereits einen Auftrag hat, welcher aufgrund des Antrages der SP gestoppt wurde. Sie versteht nicht, weshalb nochmals ein Auftrag an die BWK gehen soll, wenn sie bereits einen Prüfauftrag hat. **Eric Send** erklärt, dass die BWK bereits auf den Auftrag negativ reagiert und festgestellt hat, dass keine Massnahmen umsetzbar sind.

Stefan Hug-Portmann erklärt nochmals, dass die BWK über ein Halteverbot an der Bleichemattstrasse diskutiert hat, aber aufgrund des bevorstehenden SP Antrags keine Entscheidung getroffen hat. *Der Gemeinderat hat am 24.04.2023 den Bericht und die Massnahmen der Schulwegsicherheit zur Kenntnis genommen. Eine Priorisierung der Massnahmen erfolgt gemäss vorstehender Liste. Die Massnahmen sind durch die Abteilung Bau + Planung im Rahmen des genehmigten Budgets umzusetzen.*

Die weiteren Kategorien, 2 – 4 (Gelb, Orange und Grün) - sollen bei der Umsetzung von Projekten berücksichtigt werden.

Genau dies ist mit dem Halteverbot und andererseits mit dem Vorschlag der SP geplant.

Sabrina Weisskopf findet dies eine Beschönigung, es ist Fakt, dass nichts gemacht wurde. **Stefan Hug-Portmann** dementiert dies, es wurde ein Halteverbot geprüft.

Markus Dick weist darauf hin, dass dies im April 2023 in Auftrag gegeben wurde und bis heute nichts geschehen ist. Er stellt den Antrag nun zur Abstimmung zu kommen.

Sabrina Weisskopf wünscht nicht in der Presse zu lesen, dass an der Bleichemattstrasse nichts gemacht wird. Dies würde so nicht stimmen. Sie erwartet, dass die BWK dem Gemeinderat Vorschläge zu den Hotspots zeitnah unterbreitet.

Beschluss (Mit 4 ja zu 7 nein Stimmen)

Der Gemeinderat beauftragt die BWK Massnahmen zur tageszeitlich temporären Sperrung der Bleichemattstrasse im Bereich des Schulhauses Bleichematt gemäss der Erwägungen zu prüfen und dem Gemeinderat darüber Bericht und Antrag zu erstatten.

Somit ist der Antrag abgelehnt.

2024-19 Behörden: Gemeinderat, Kommissionen; Wahlen und Mutationen 2021 - 2025; Wahl Delegierter Wohnbaugenossenschaft - Beschluss

Bericht und Antrag

Unterlagen

- keine

Ausgangslage

Im Rahmen eines Reorganisationsprozesses der Abteilung Bau + Planung und der Neuausrichtung des Bereiches Hochbau soll Jürg Zeller neu als Delegierter der Wohnbaugenossenschaft Biberist gewählt werden und dadurch Nicolas Adam in dieser Funktion ablösen.

Erwägungen

Mit der an der Gemeindeversammlung vom Juni 2023 genehmigten Erhöhung der Stellenprozente, erhielt der Bereich Hochbau mehr Kapazitäten. Dadurch sollen unter anderem alle fachspezifischen Prozesse, welche diesen Bereich betreffen, zusammengeführt werden.

Beschlussentwurf

1. Der Gemeinderat genehmigt die Wahl von Jürg Zeller als Delegierter der Wohnbaugenossenschaft.

Eintreten

Der Gemeinderat tritt stillschweigend auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Kein Wortbegehren.

Beschluss *(einstimmig)*

1. Der Gemeinderat genehmigt die Wahl von Jürg Zeller als Delegierter der Wohnbaugenossenschaft.

2024-20 Verschiedenes, Mitteilungen 2024

1. An den Gemeinderat abgegebene Unterlagen

- BWK Protokoll vom 30.01.2024
- Dankeschreiben Feuerwehrverein Biberist

2. Der Gemeinderat nimmt folgende Mitteilungen zur Kenntnis:

- Im Zusammenhang mit der Bewilligung der Kontingentsanlässe 2024 in der Biberena hat der Gemeinderat darum gebeten, mit dem Verein Börse 97, welcher 2x jährlich die Börse in der Biberena durchführt, Verhandlungen aufzunehmen, ob es möglich wäre, die Börse jeweils in der Alten Turnhalle durchzuführen. Aufgrund der Kurzfristigkeit findet die Frühjahrsbörse am 27. und 28.03. noch in der Biberena statt, die Herbstbörse am 23. und 24.10. wird jedoch vorerst versuchsweise in der Alten Turnhalle durchgeführt. Wenn sich der Ort bewährt, wird die Börse künftig in der Alten Turnhalle stattfinden.

Manuela Misteli findet es gut, dass die Börse 97 nun nach langer Zeit in die Alte Turnhalle wechselt.

3. Die Zirkulationsmappe enthält:

- Dankesbrief Winterhilfe Schweiz vom 21.02.2024
- Geburtskarte Maxime Louis Rubattel vom 15.01.2024
- Gutschein Rheumaliga Solothurn
- Dankesbrief REDOG Schweiz vom 29.02.2024
- Dankeschreiben Unterstützung Neubau Alphütte Tscheurig vom 23.02.2024
- Bewilligung für die Durchführung des 36. Achterrennens, Solothurner Ruderclub

RN 0.1.2.1 / LN 3900

Für das Protokoll



Stefan Hug-Portmann
Gemeindepräsident



Irene Hänzi Schmid
Protokollführerin